

20230817a

Sachantrag – 4. Ordentlicher Bundesparteitag 2023

Antragsteller	
Mitgliedsnummer	
Kontakt / Email	
Datum	
Sachantrag / Inhalt (1-2 Sätze)	
	Die Mitgliederversammlung möge Folgendes beschließen:
abstimmungsfähiger Wortlaut	
Begründung (Sollte der Platz nicht reichen, ergänze bitte mit einer Anlage und vermerke hier bitte den Dateinamen).	

Sachantrag – 4. Ordentlicher Bundesparteitag 2023 – AG Frieden dieBasis

Der gefährlich eskalierende Stellvertreterkrieg (NATO-Russland) in der Ukraine, die Sanktionspolitik der Bundesregierung und die Lieferung immer schwererer Waffen führt unser Land in ein Desaster.



Die Partei dieBasis als Friedenspartei muss demgegenüber ein klares Signal aussenden, dass diese Kriegspolitik dem Friedenwunsch der Menschen und den wirtschaftlichen Interessen in unserem Land zutiefst widerspricht.

Der Bundesparteitag der Partei dieBasis möge beschließen:

1. Der Bundesparteitag der Partei dieBasis verurteilt die Sanktionspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegen die Russische Föderation als Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien des freien Welthandels.
2. Zugleich verurteilt der Bundesparteitag die Waffenlieferungen an die Ukraine - gleich ob leichte oder schwere Waffen, denn so kommen wir nicht zu den dringend notwendigen Friedensverhandlungen zwischen den Ländern des Westens und der Russischen Föderation. Vielmehr laufen wir immer mehr Gefahr, in immer weiteren Eskalationsschritten in einen heißen Krieg mit weltweiten Auswirkungen zu geraten.
3. Des Weiteren fordert der Bundesparteitag die zuständigen Ermittlungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und den betroffenen weiteren Anrainerstaaten beziehungsweise der EU auf, Ermittlungen aufzunehmen, um herauszufinden, wer die für die Energiesicherheit der Bundesrepublik Deutschland und Europas überaus wichtigen drei Pipeline-Stränge Nord Stream 1 + 2 offenbar durch einen Akt der Sabotage beziehungsweise einer Aggression gegen die Bundesrepublik Deutschland zerstört bzw. stark beschädigt hat.
4. Mit der Russischen Föderation muss ein Abkommen herbeigeführt werden, dass eine sofortige Inbetriebnahme des noch intakten zweiten Nord Stream 2 Strangs zum Ziel hat sowie die Reparatur der drei beschädigten Stränge gemeinsam mit unseren russischen Handelspartnern!
5. Die gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen müssen aufgehoben werden, damit auch andere wichtige und preiswerte Rohstoffe in langfristigen Verträgen gesichert werden können.
6. Der Bundesvorstand organisiert mit anderen Bündnispartnern aus der Friedensbewegung eine bundesweite Kampagne mit Anzeigen, Social Media, Infomaterial, lokalen Veranstaltungen und Demonstrationen für die Losungen :
 - Macht Frieden – Frieden schaffen ohne Waffen!
 - Verhandlungen, Waffenstillstand und Diplomatie statt Waffen- und Panzerlieferungen in den NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland!
 - Reparatur und Inbetriebnahme von Nord Stream 2 - Aufhebung aller Sanktionen gegen die Russische Föderation!
 - Wandel durch Annäherung - Kooperation zum allseitigen Vorteil mit allen Ländern der Welt!
7. Der Bundesvorstand wird beauftragt, zu diesen Fragen eine breite politische Kampagne in die Wege zu leiten beziehungsweise zu begleiten. Insbesondere soll er der Parteibasis durch logistische und finanzielle Unterstützung eine effektive Arbeit vor Ort ermöglichen.

Begründung:

Die Politik der derzeitigen Berliner Regierung schneidet Deutschland von preiswerten russischen Erdgasquellen und anderen existenziellen Rohstoffen ab. Sehr viel teureres US-amerikanisches Frackinggas muss nun stattdessen importiert werden. Das schädigt nicht nur den Mittelstand, sondern gefährdet auch die Arbeitsplätze in zahlreichen Großunternehmen nebst deren

Industrieanlagen. Das richtet sich gegen die Verbraucher in unserem Land, gegen Beschäftigte und Unternehmer, gegen die Interessen einer große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Je mehr die Folgen der derzeitigen Regierungspolitik spürbar werden, desto mehr wächst in der Bevölkerung der Widerstand gegen den aktuellen Kriegskurs und damit auch gegen den Kriegskurs der NATO und der EU. Zahlreiche Unternehmen haben bereits bekundet, dass sie wegen der erheblich gestiegenen Energiepreise hier - angesichts erheblich niedrigerer Energiepreise in den USA und den dortigen Ansiedlungssubventionen - erwägen, Kapitalinvestitionen und Produktionsanlagen vor allem in die USA zu verlegen. Damit könnte ein erheblicher Wohlstandsverlust für die Menschen hier verbunden sein. Vor allen Dingen tut sich hier die Partei der Grünen, die grüne Außenministerin und der grüne Wirtschaftsminister, sowie die Rüstungslobbyistin Frau Strack-Zimmermann von der FDP hervor. Völlig zu Recht müssen diese Minister als Auftragskiller der deutschen Industrie bezeichnet werden. Besonders kleinere energieintensive Unternehmen, Handwerksbetriebe und Bäckereien, leiden unter der Politik der Berliner Regierung. Die Verbraucher sollen die angeheizte Inflation und die hohen Energiepreise auf Dauer auf sich nehmen, derweil die Spekulanten sich an den Preisen auf Kosten aller Verbraucher eine goldene Nase verdienen.

Das offenbare Desinteresse der Behörden der Bundesrepublik an einer Aufklärung der Drahtzieher des Terroranschlags gegen die drei Pipelinestränge von Nord Stream charakterisiert unser Land mittlerweile in unerträglicher Weise als Bananenrepublik.

Wir wollen die Reparatur: preiswerte Energie für die Verbraucher, die Unternehmen und den Mittelstand! Die Energieversorgung mit preiswertem Erdgas und Öl (u.a. über die Druschba-Pipeline) aus Russland ist nötig, um das Wirtschafts- und Geschäftsmodell der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten.

Die Partei dieBasis arbeitet an breiten demokratischen Bündnissen gemeinsam mit der Bürgerrechts- und Friedensbewegung und den Unternehmensverbänden, die verstanden haben, dass transatlantische Nibelungentreue das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Landes massiv gefährdet. Aus unserer Sicht geht es um ein Zusammengehen der demokratischen Kräfte, die sowohl unsere Grundrechte schützen wollen, als auch den industriellen Niedergang unseres Landes verhindern wollen.

i.A. Michael Aggelidis

17. August 2023

AG Frieden dieBasis

